



Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung

Bereich Wissenschaftliche Politik- und Verwaltungsberatung

Evaluation des Planungssicherstellungsgesetzes

Erfahrungen mit der Durchführung digitaler Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Genehmigungsverfahren





Agenda

Agenda

- » Vorstellung: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)
- » Hintergrund und Ziele des Projekts
- » Methodik und Fallauswahl
- » Ergebnisse der Evaluation
- » Handlungsempfehlungen



Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)

Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)

- » Kompetenzzentrum für die Erforschung und Beratung von Verwaltungen
- » Über 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Politik-, Verwaltungs-, Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
- » Innovative, methodisch fundierte Forschung und wissenschaftsbasierte Beratung durch interdisziplinäre Teams
- » Enger Dialog mit der Praxis



„Forschung über und für die
öffentliche Verwaltung“



Hintergrund und Ziele des Projekts

Hintergrund und Ziele des Projekts

- » Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) vom 20. Mai 2020, verlängert durch das Gesetz vom 18. März 2021 bis zum 31. Dezember 2022
- » Bundestag (BT-Drs. 19/19214): Prüfung der Instrumente hinsichtlich möglicher Anwendungen außerhalb der pandemisch bedingten Ausnahmesituation und einer Verbesserung der barrierefreien Teilhabe
- » **Evaluationsauftrag:** Zu prüfen, ...
 - » ... von welchen Instrumenten des PlanSiG in der Praxis **aus welchen Gründen (nicht) Gebrauch gemacht** wurde.
 - » ... welche **Auswirkungen auf die Verfahrensbeteiligten** mit der Anwendung der Instrumente des PlanSiG einhergehen, v. a. in Bezug auf die Digitalisierung bestimmter Verfahrensschritte.

Hintergrund und Ziele des Projekts

- » Retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung (rGFA)
 - › Prüfung der Regelungswirkungen nach Inkrafttreten der Regelungen anhand festgelegter Prüfkriterien





Methodik und Fallauswahl

Methodik und Fallauswahl

- » Keine Evaluation bestimmter Einzelverfahren
- » Stattdessen **aggregierte Betrachtung** der Auswirkungen der Instrumente des PlanSiG anhand einer **kriteriengeleiteten Auswahl** von Verfahrenstypen

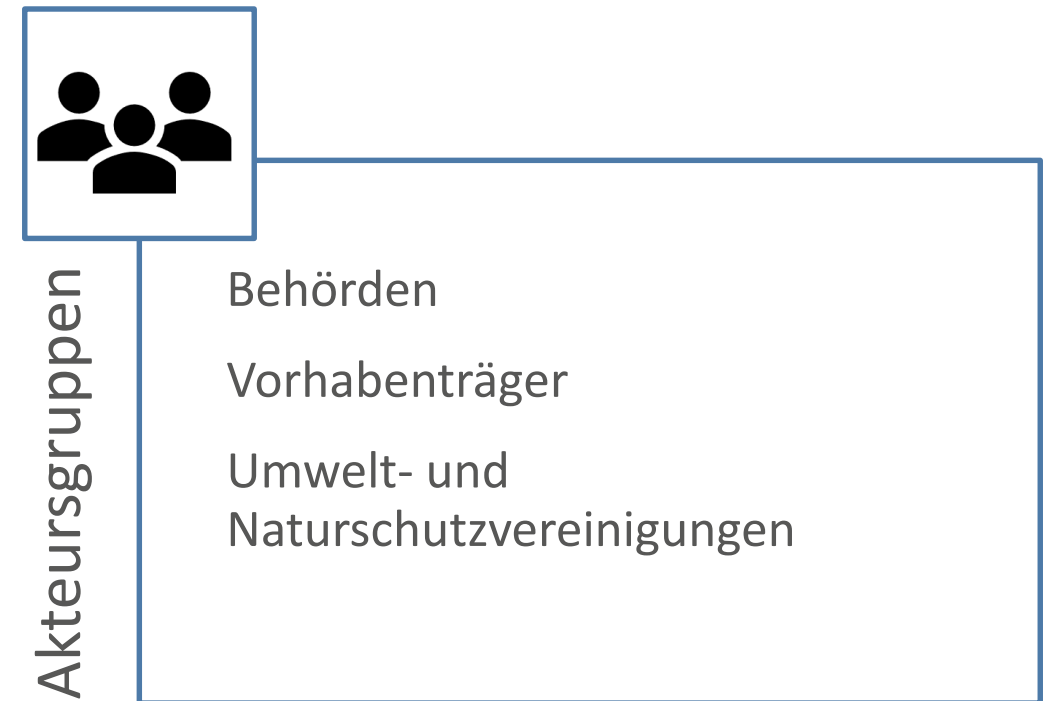
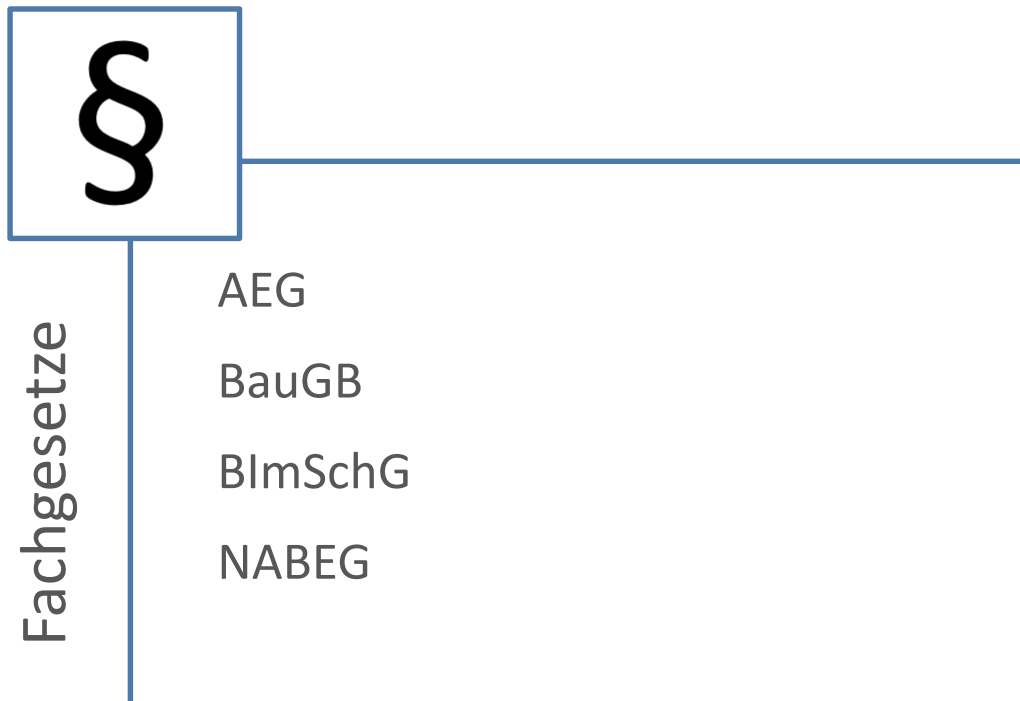
Raumbezüge/-bedarfe

Administrative
Zuständigkeiten

Politisch-gesellschaftliche
Relevanz/
Konflikthaftigkeit

Methodik und Fallauswahl

Auswahl von Fachgesetzen und Akteursgruppen



Methodik und Fallauswahl

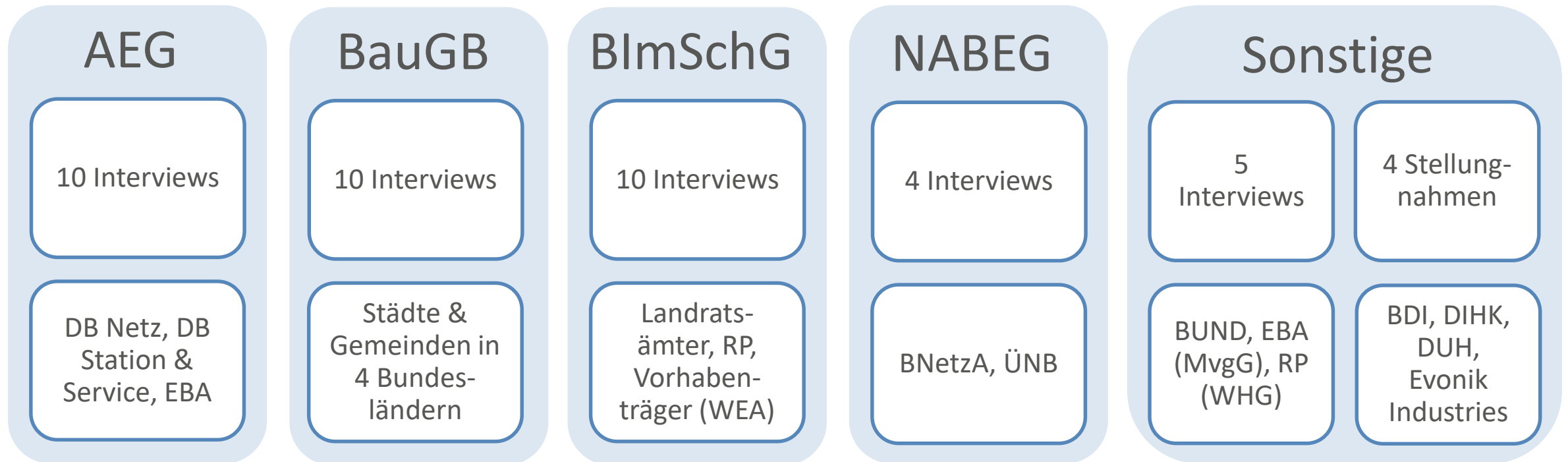
Erhebungs- und Auswertungsmethoden

Qualitatives Untersuchungsdesign

- » Durchführung leitfadengestützter Expertinnen- und Experteninterviews
- » Einholung schriftlicher Stellungnahmen relevanter Stakeholder
- » Auswertung des Textmaterials mithilfe der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse

Methodik und Fallauswahl

Überblick





Ergebnisse

Ergebnisse

Gesamtbewertung des PlanSiG

- » **Zielerreichung:** Gewährleistung der Fortführung von Verfahren unter Pandemiebedingungen
- » Digitale Instrumente mit Potenzial, **Aufwände** aufseiten der Verfahrensbeteiligten **zu reduzieren** und **Teilhabemöglichkeiten** für Bürgerinnen und Bürger **zu verbessern**
- » Digitale Instrumente können analoge Instrumente unter Teilhabegesichtspunkten und im Hinblick auf die Befriedung konfliktlastiger Verfahren **nicht vollständig ersetzen**
- » Verstetigung digitaler Instrumente setzt **erweiterte personelle und finanzielle Handlungsspielräume** auf Behördenseite voraus

Ergebnisse

Ortsübliche und öffentliche Bekanntmachungen (§ 2 PlanSiG)

- » **Keine wesentlichen Veränderungen** in der Verfahrenspraxis
 - › Hybride Formen der Bekanntmachung (analog + digital) angewandt
- » Digitale Bekanntmachungsformen
 - › **weniger aufwändig** in der Anwendung
 - › tragen zur Transparenz der Verfahren bei
- » Analoge Bekanntmachungsformen nach wie vor **relevant** für die **Sicherstellung der Anstoßfunktion** von Bekanntmachungen

Ergebnisse

Auslegung von Unterlagen und Entscheidungen (§ 3 PlanSiG)

- » Hybride Formen der Auslegung (Auslegung + digitale Veröffentlichung) **gängige Verfahrenspraxis**
 - › Andere leicht erreichbare Zugangsmöglichkeiten (Lesegeräte, Versendungen) **kaum genutzt**
 - › Widerspruchsregelung mit **wenig Praxisrelevanz** für die untersuchten Verfahren
- » Digitale Veröffentlichung
 - › **Erhebliche Aufwandsreduktion** für Behörden und Antragssteller
 - › Ermöglicht **niedrigschwelligere Teilhabe** für breite Bevölkerungskreise
- » Analoge Auslegung
 - › unter Teilhabegesichtspunkten **weiterhin relevant** → Beteiligung nicht digital-affiner Personen/Personen ohne ausreichende Internetanbindung

Ergebnisse

Erklärungen zur Niederschrift (§ 4 PlanSiG)

- » **Kein flächendeckender Ausschluss** der Abgabe von Erklärungen zur Niederschrift
 - › Von Bürgerseite kaum in Anspruch genommen
 - › Relevanz im Hinblick auf die Gewährleistung einer barrierefreien Teilhabe
- » Eröffnung eines Zuganges zur Abgabe elektronischer Stellungnahmen unabhängig vom PlanSiG **gängige Praxis**
- » Elektronische Stellungnahmen **reduzieren Aufwände** auf Behördenseite

Ergebnisse

Erörterungstermine und mündliche Verhandlungen (§ 5 Abs. 1 bis 5 PlanSiG)

- » Anwendungspraxis
 - › Erörterungstermine schwerpunktmäßig durch **Online-Konsultationen** ersetzt
 - › Telefon-/Videokonferenzen **seltener durchgeführt** → Zustimmungsregelung nach § 5 Abs. 5 S. 1 PlanSiG als Hürde

- » Online-Konsultationen und Telefon-/Videokonferenzen
 - › Potenzial für **Aufwandsreduktion**
 - › Nachbesserungsbedarf im Hinblick auf den **Ablauf von Onlinekonsultationen**
 - › Ermöglichen **niedrigschwelligere Teilhabe** für viele Bevölkerungsgruppen

Ergebnisse

Erörterungstermine und mündliche Verhandlungen (§ 5 Abs. 1 bis 5 PlanSiG)

- » Erörterungstermine (in Präsenz)
 - › unter Teilhabegesichtspunkten **weiterhin relevant** → Beteiligung nicht digital-affiner Personen/Personen ohne ausreichende Internetanbindung
 - › Zentral für die **Befriedung konfliktintensiver Verfahren**
 - › Begünstigen die **Ermittlung entscheidungsrelevanter Sachverhalte**

Ergebnisse

Antragskonferenzen (§ 5 Abs. 6 PlanSiG)

- » Anwendung im Rahmen der untersuchten Verfahren bei
 - › Scoping-Terminen nach § 15 UVPG
 - › Antragskonferenzen nach § 7 und § 20 NABEG
- » Schriftliches/elektronisches Stellungnahme-Verfahren
 - › Erhebliche **Reduzierung von Aufwänden** für Verfahrensbeteiligte
 - › **Niedrigschwellige Teilhabe** für Bürgerinnen und Bürger in öffentlich zugänglichen Verfahren

Ergebnisse

Antragskonferenzen (§ 5 Abs. 6 PlanSiG)

- » Antragskonferenzen (in Präsenz)
 - › Unter Teilhabegesichtspunkten **weiterhin relevant** → Beteiligung nicht digital-affiner Personen/Personen ohne ausreichende Internetanbindung
 - › **Befriedung konfliktintensiver Verfahren** durch frühzeitige, direkte Kommunikation



Handlungsempfehlungen

Handlungsempfehlungen

Ortsübliche und öffentliche Bekanntmachungen (§ 2 PlanSiG)

- » **Verstetigung digitaler Bekanntmachungsformen** als **obligatorisches Instrument** der Öffentlichkeitsbeteiligung
 - › Gewährleistung größtmöglicher Verfahrenstransparenz

- » Parallel dazu: **Beibehaltung analoger Bekanntmachungsformen**
 - › Gewährleistung der zentralen Anstoßfunktion von Bekanntmachungen

Handlungsempfehlungen

Auslegung von Unterlagen und Entscheidungen (§ 3 PlanSiG)

- » **Verstetigung der digitalen Veröffentlichung** von Unterlagen und Entscheidungen als **obligatorisches Instrument** der Öffentlichkeitsbeteiligung
- » Parallel dazu: **Beibehaltung der analogen Auslegung** von Unterlagen und Entscheidungen
 - › Gewährleistung eines möglichst niedrighschwelligen Informationszugangs für alle Bürgerinnen und Bürger
- » **Spielräume eröffnen**, um die Auslegung von Unterlagen und Entscheidungen vor Ort **einzuschränken**
 - › Bspw. durch Konzentration auf wenige, gut erreichbare Auslegungsorte oder die Bereitstellung analoger Unterlagen auf Anfrage
 - › Dadurch Mehraufwände für Antragsteller und zuständige Behörden begrenzen

Handlungsempfehlungen

Erklärungen zur Niederschrift (§ 4 PlanSiG)

- » **Beibehaltung des Instruments** der Erklärung zur Niederschrift
 - › Möglichkeit eines **vollständigen Ausschlusses** dieser Abgabeform sollte **entfallen**
- » **Einschränkung** im Pandemiefall oder aufgrund anderer Umstände durch Beschränkung auf die Abgabe fernmündlicher Erklärungen
- » **Festschreibung elektronischer Abgabeformen** als **obligatorisches Instrument** der Öffentlichkeitsbeteiligung (sofern in den jeweiligen Fachgesetzen noch nicht entsprechend geregelt)

Handlungsempfehlungen

Erörterungstermine und mündliche Verhandlungen (§ 5 Abs. 1 bis 5 PlanSiG)

- » **Ermessen der verfahrensführenden Behörde** hinsichtlich des Formats der Erörterung
 - › Gewährleistung der Passgenauigkeit des jeweiligen Formats im Hinblick auf die spezifischen Verfahrenseigenschaften
 - › Entscheidung anhand ermessensleitender Kriterien, prozedurale Absicherung des Entscheidungsverfahrens
- » Online-Konsultation: **Beschränkung der Abgabe** von Stellungnahmen auf eine Stellungnahme pro Einwender und Einwendung
 - › Vorbeugung von Verfahrensverzögerungen und unangemessenen Mehraufwänden für Antragssteller und Behörden

Handlungsempfehlungen

Erörterungstermine und mündliche Verhandlungen (§ 5 Abs. 1 bis 5 PlanSiG)

- » **Zustimmungspflicht** der zur Teilnahme Berechtigten (§ 5 Abs. 5 S. 1 PlanSiG) sollte **überprüft werden**
 - › Vermeidung unangemessener Mehraufwände für zuständige Behörden

- » **Präzisierung gesetzlicher Vorgaben**, z.B. bei
 - › Fristenregelung nach § 5 Abs. 4 S. 2 PlanSiG („angemessene Frist“)
 - › Regelung des Zugangs bei nicht-öffentlichen Erörterungen („geeignete Vorkehrungen“)

Handlungsempfehlungen

Antragskonferenzen (§ 5 Abs. 6 PlanSiG)

- » **Ermessen der verfahrensführenden Behörde** hinsichtlich des Formats der Antragskonferenz
 - › Gewährleistung der Passgenauigkeit des jeweiligen Formats
 - › Entscheidung anhand ermessensleitender Kriterien, prozedurale Absicherung des Entscheidungsverfahrens



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

- » Torge Ziemer (M. A.) – ziemer@foev-speyer.de
Friederike Bickmann (M. A.) – bickmann@foev-speyer.de
- » Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung
Freiherr-vom-Stein-Str. 2
67346 Speyer